Geschäft Nr. 23-29/070/01 Eingegangen: 2. November 2026

Interpellation

Erneute Fragen betreffend: Gewährleistung der Cyber-Sicherheit bei der Bürgergemeinde

Vor rund 3 Jahren habe ich mit einer kleinen Anfrage verschiedene Fragen zur Gewährleistung der Cyber-Sicherheit bei der Bürgergemeinde gestellt. Die Entwicklung der Cyber-Sicherheit ist in der Zwischenzeit durch einen massiven Anstieg der Cyber-Attacken von hochprofessionellen, global vernetzten Kriminellen geprägt, die vermehrt auch die Künstliche Intelligenz KI für ihre Cyber-Attacken nutzen. So haben sich die Cyber-Risiken in den vergangenen drei Jahren auch für politische Institutionen (entsprechend auch für die Bürgergemeinde der Stadt Basel) drastisch verschärft. - Deshalb will ich mit dieser Interpellation auf einen Teil (*) der damaligen Antworten des Bürgerrats BR zurückkommen:

Auf meine Frage, «ob der Bürgerrat bereit ist, einen Cyber-Security-Check bei der Bürgergemeinde generell beziehungsweise speziell in den Bereichen Zentrale Dienste und Einbürgerungen durchzuführen» - hat der Bürgerrat geantwortet: «Bereits heute wird die IT-Infrastruktur der Zentralen Dienste regelmässig auf ihre Cyber-Sicherheit hin getestet. Dafür werden von Dritten Angriffe auf die Systeme simuliert, die Resultate dieser Tests analysiert und die notwendigen Massnahmen zur Behebung von Sicherheitslücken ergriffen. ….. Aus der Sicht des Bürgerrats ist die regelmässige Testung einer primär auf die Öffentlichkeitswirkung abzielenden Zertifizierung vorzuziehen».

Auf die Frage, ob der BR bereit ist, das Thema «Cyber-Sicherheit» bei den unter den unter der Aufsicht der BG stehenden Zünfte mit dem Zünfteausschuss aufzunehmen, hat der BR geantwortet: «Der Bürgerrat weist die Zünfte und Gesellschaften im Rahmen eines fachlichen Austausches regelmässig auf neue regulatorische Anforderungen und Herausforderungen übriger Art hin. Er ist bereit, dies auch im Fall der Cybersicherheit zu tun und das Thema mit dem Fünferausschuss zu traktandieren».

Aufgrund dieser Darstellungen wird der Bürgerrat um folgende Auskünfte gebeten:

1. *Zur Cyber-Sicherheit in den Bereichen Zentrale Dienste und Einbürgerungen*
   - 1.1. Wie oft wurde in den vergangenen drei Jahren die erwähnte «regelmässige Testung» der IT-Infrastruktur der Zentralen Dienste durchgeführt?
   - 1.2. Welche Resultate ergaben diese Testungen?
   - 1.3. Welche Personen, mit welchen fachlichen Kompetenzen, waren für die Analyse der Resultate verantwortlich?
   - 1.4. Welche allfälligen allgemeinen Massnahmen zur Behebung von Sicherheitslücken wurden aufgrund der Testungen ergriffen?
   - 1.5. a.) Sind angesichts der stark zunehmenden Cyber-Bedrohungen weitere Massnahmen geplant ? Falls ja: welche? Falls nein: weshalb nicht?
     b.) Wird weiterhin auf externe, professionelle Cyber Security Checks bzw. Cyber Security Assessments verzichtet? Falls ja: weshalb?
   - 1.6. Gab es in den vergangenen drei Jahren Cyber-Attacken (Pishing, Ransomware etc.) auf die BG (Zentrale Dienste)? Falls ja: welche – und wie wurden die Attacken gehandhabt?
   - 1.7. War die BG (Zentrale Dienste) von den Mitte Oktober 26 weltweit erkannten, gefährlichen PHP-Cyber-Sicherheitslücken betroffen? Falls ja: wie wurde diese Situation gehandhabt?
   - 1.8. Gibt es bei der BG einen Notfall-Plan für Cyber-Attacken? Falls nein: weshalb nicht?

2. *Zur Cyber-Sicherheit der Basler Zünfte und Gesellschaften*
   - 2.1. Welche Reaktionen, welche Ergebnisse ergaben sich aus dem angekündigten Gespräch des Bürgerrats mit dem Fünferausschuss betreffend der Cyber-Sicherheit der Zünfte?
   - 2.2. Wird der Bürgerrat das Thema «Cyber-Sicherheit» erneut mit dem Fünferausschuss aufnehmen, da sich die Cyber-Bedrohungslage in den letzten drei Jahren auch für die Zünfte stark verschärft hat (Angriff auf sensible Mitgliederdaten etc.; bei veralteten IT-Strukturen)?

Walter Brack
Bürgergemeinderat FDP

(*) Auf Fragestellungen zur Cyber-Sicherheit beim BSB und Waisenhaus sowie bei der CMS wird diesmal verzichtet, da diese drei Organisationen vor drei Jahren ausführliche Cyber Security-Massnahmen dargelegt haben.

Basel, 2.11.2026